



Sankt Galler Stadtwerke

Nachtrag I zum Reglement über die Versorgung der Stadt mit Energie und Wasser (Stadtwerke-Reglement)

1 Ausgangslage und Reformbedarf

1.1 Strommarktöffnung

Am 1. Januar 2008 begann in der Schweiz mit der weitgehenden Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz, StromVG) vom 23. März 2007 (SR 734.7) die gestaffelte Umsetzung der Strommarkliberalisierung. Das StromVG setzt die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Stromversorgung und für einen geordneten Strommarkt im sich verändernden schweizerischen und europäischen Umfeld. Die informatorische und buchhalterische Entflechtung, das so genannte Unbundling, ist dabei von zentraler Bedeutung. Zudem hat die durch Art. 21 ff. StromVG eingesetzte Elektrizitätskommission (ElCom) die Aufgabe, die Umsetzung der Strommarktöffnung zu überwachen, zu begleiten und gegebenenfalls regulierend einzugreifen. Sie fällt alle Entscheidungen, die für den Vollzug des StromVG und der Ausführungsbestimmungen notwendig sind.

Die bis Mitte Oktober 2007 eingegangenen knapp 200 Vernehmlassungsantworten zum Entwurf der bundesrätlichen Stromversorgungsverordnung (StromVV) führten dazu, dass diese nicht wie vorgesehen auf Anfang 2008 in Kraft gesetzt werden konnte. Der heutige Zeitplan sieht vor, dass die StromVV spätestens im März 2008 vom Bundesrat verabschiedet wird, so dass die erste Stufe der Umsetzung am 1. April 2008 starten kann. Die StromVV wird die im StromVG enthaltenen Bedingungen für den Netzzugang und das Entgelt für die Netznutzung konkretisieren.

Jedes Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist verpflichtet, seine Preise für die Netznutzung bis 31. August 2008 bekannt zu geben. Die Endverbraucher haben danach eine zweimonati-



ge Frist, um den Elektrizitätsbezug bei ihren bisherigen Versorgungsunternehmen auf den 31. Oktober 2008 zu kündigen.

Ab 1. Januar 2009 können Endverbraucher mit einer Jahresbezugsmenge von mindestens 100 MWh einmal pro Jahr in den freien Markt eintreten. Mit einem solchen Markteintritt entfällt die gesetzliche Lieferpflicht des bisherigen Versorgers. Dieser ist ab jenem Zeitpunkt verpflichtet, seine Netze für die Belieferung von Endkunden durch andere Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Verfügung zu stellen.

Ab 2014 soll der Strommarkt für alle Endkunden geöffnet werden. Dieser zweite Öffnungsschritt untersteht allerdings noch dem fakultativen Referendum.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben des StromVG sind im Stadtwerke-Reglement Anpassungen vorzunehmen.

1.2 Brandschutz

1.2.1 Sprinkleranlagen

Seit dem Jahr 1974 erhob die Wasserversorgung der Stadt St.Gallen Anschlussbeiträge für Sprinkleranlagen. Seit den späten 1990er-Jahren wurden in mehreren Fällen gegen die Beitragsverfügungen Rechtsmittel ergriffen. Am 10. Juni 2004 entschied das Verwaltungsgericht, dass die einschlägige Bestimmung des damals geltenden Reglements über die Abgabe von Energie und Wasser durch die Versorgungsbetriebe vom 28. Oktober 1969 gegen kantonales Recht verstösst. Das Bundesgericht bestätigte dieses Urteil am 25. Mai 2005.

Seit diesen höchstrichterlichen Entscheiden fehlt es der Stadt St.Gallen an einer rechtlichen Grundlage für die Erhebung eines Anschlussbeitrags für Sprinkleranlagen (entsprechend der Terminologie des kantonalen Amts für Umweltschutz wird weiterhin von Beitrag gesprochen, obwohl es sich, wie das Verwaltungsgericht korrekt festgestellt hat, im Rechtssinn eigentlich um eine Gebühr handelt).

Als das Stadtparlament am 2. November 2005 das neue Stadtwerke-Reglement erliess, wurde auf eine rechtliche Grundlage für Anschlussbeiträge für Sprinkleranlagen vorläufig verzichtet. In diesem Zusammenhang ist auch die Bestimmung, dass Verstärkungen im Netz nach Aufwand verrechnet werden, entfallen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, dass es zu jenem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, wie die Neuregelung ausgestaltet werden soll. Es waren zunächst rechtliche und finanzielle Abklärungen sowie Gespräche mit der Gebäudeversicherungsanstalt und dem Kantonalen Amt für Feuerschutz (AFS) nötig. Daher war ge-



plant, dem Stadtparlament zu gegebener Zeit einen Nachtrag zum Stadtwerke-Reglement zu unterbreiten.

Die Ausarbeitung einer praktikablen Neuregelung, welche den höchstrichterlichen Urteilen Rechnung trägt, hat sich indessen als schwierig erwiesen. Darüber hinaus haben die Abklärungen gezeigt, dass die Erhebung von Anschlussbeiträgen für Sprinkleranlagen, wie nachstehend darzulegen ist, auch aus anderen Gründen nicht angezeigt ist.

Das Wasserversorgungsnetz der Stadt St.Gallen reicht gemäss schriftlicher Bestätigung der Gebäudeversicherungsanstalt in den allermeisten Fällen aus, um Sprinkleranlagen anzuschliessen. Die Grundeigentümer kaufen sich bereits mit dem ordentlichen Anschlussbeitrag für die Wasserversorgung in diese bestehende vorgelagerte Infrastruktur ein. Es ist daher nicht notwendig, noch einen zusätzlichen Beitrag für den Anschluss der Sprinkleranlage zu verlangen. Dies umso mehr, als nach allen Regeln der Wahrscheinlichkeit niemals die gesamte theoretische Leistung der Sprinkleranlage erbracht werden muss.

Daher soll in Zukunft auf die Erhebung von Anschlussbeiträgen für Sprinkleranlagen verzichtet werden. Davon ausgenommen sind die Fälle, in welchen eine Verstärkung der vorgelagerten Infrastruktur notwendig ist. Sollte dies notwendig sein, so ist es angemessen, dem Grundeigentümer die dafür anfallenden effektiven Kosten zu verrechnen. Dieser Grundsatz soll in einem neuen Art. 14a Abs. 1 Stadtwerke-Reglement festgeschrieben werden.

1.2.2 Hydranten

Die Anforderungen an die Löschwassereinrichtungen bei Bauten werden von der Feuerwehr, ausserhalb der Bauzone zusammen mit dem Amt für Feuerschutz, beurteilt. Daraufhin werden sie als Bestandteil der Baubewilligung verfügt. Ein Teil der Kosten wird durch Beiträge der Gebäudeversicherungsanstalt gedeckt. Über die restliche Finanzierung verhandeln die sgsw in der Regel mit der Bauherrschaft, wobei ausserhalb der Bauzone 25 % der Gesamtkosten durch die Dienststelle Feuerwehr und Zivilschutz getragen werden.

Die Sicherstellung, dass jederzeit genügend Löschwasser zur Verfügung steht, ist eine Aufgabe der politischen Gemeinden (Art. 49 Gesetz über den Feuerschutz vom 18. Juni 1968; sGS 871.1). Bei öffentlichen Aufgaben ist es aus rechtlichen Gründen fragwürdig, einen Kostenteiler zwischen der öffentlichen Hand und Privaten auf dem Verhandlungsweg festzulegen. Zudem ist zu bedenken, dass es zu Ungerechtigkeiten kommen kann, wenn ein Bauherr einen Hydranten mitfinanzieren muss und ein anderer, der einige Zeit später nebenan baut, vom dann bereits bestehenden Hydranten profitieren kann. Aus diesem Grund ist es angezeigt, dass Hydranten – vorbehältlich der Beiträge der GVA und der Feuerwehr – in Zu-



kunft vollumfänglich durch die Stadtwerke finanziert werden, und zwar über die Anschlussbeiträge für die Wasserversorgung. Dies wird in einem neuen Art. 14a Abs. 2 Stadtwerke-Reglement geregelt.

1.3 Fernwärmeversorgung

Der Fernwärmetarif ist aufgrund des geltenden Reglements direkt mit den Kosten von Ölheizungen gekoppelt.

Der Bundesrat hat Ende Juni 2007 beschlossen, auf den 1. Januar 2008 eine CO₂-Lenkungsabgabe einzuführen, was eine Verteuerung des Heizöls um rund 3 CHF pro 100 l zur Folge hat. Sie soll Anreize schaffen, dass Bevölkerung und Unternehmen sowohl fossile Brennstoffe effizienter nutzen als auch in erneuerbare Energien investieren. Die Fernwärme nutzt im Wesentlichen Abwärme. Lediglich zur Spitzendeckung werden in geringem Mass fossile Brennstoffe eingesetzt. Die heutige Kundschaft der Fernwärmeversorgung trägt durch ihre Nutzung der Fernwärme zu einer ahnsehnlichen CO₂-Reduktion bei. In den letzten Jahren handelte es sich um rund 14'000 t pro Jahr. Daher ist es naheliegend, dass die Verteuerung des Heizöls durch die CO₂-Abgabe nicht zu einer Erhöhung der Bezugsgebühr der Fernwärme führen darf.

Ferner hat der Stadtrat bereits im Rahmen des Energiekonzeptes 2050 (Vorlage an das Stadtparlament vom 30. November 2006) seine Absicht bekannt gegeben, dass bei hohen Heizölpreisen eine Entkopplung des Fernwärmetarifs vom Heizölpreis, d.h. eine relative Verbilligung der Fernwärme gegenüber dem Heizöl denkbar ist.

Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, ist eine Änderung von Art. 19 Stadtwerke-Reglement erforderlich.

1.4 Kündigungsfrist für Bezugsverhältnisse

Durch die neuen Art. 6 Abs. 3 und 4 Stadtwerke-Reglement wird eine Gesetzeslücke behoben, welche es bisher ermöglichte, dass die Kundschaft das Bezugsverhältnis kurzzeitig aufheben konnte, um während eines vorübergehenden Leerstands oder dergleichen die Grundgebühr einzusparen.



2 **Kommentar zu den einzelnen Artikeln**

Artikel 6 Absatz 1: Da das StromVG vorsieht, dass zwischen Stromlieferung und Netznutzung unterschieden werden muss, beinhaltet das Bezugsverhältnis neu diese zwei Komponenten. In diesem Zusammenhang wurde alt Art. 7 Abs. 1-2 nach Art. 6 Abs. 2-3 verschoben, da sich diese Bestimmungen auf das Bezugsverhältnis beziehen.

Artikel 6 Absatz 3 präzisiert, dass das Bezugsverhältnis bei einem Wechsel in der Person der Kundschaft automatisch auf die neue Person übergeht. Dadurch werden Lücken im Bezugsverhältnis vermieden. Absatz 4 führt für die definitive Kündigung des Bezugsverhältnisses eine Frist von drei Monaten ein. Damit wird verhindert, dass sich die Kundschaft bei einem kurzzeitigen Leerstehen eines Objekts durch eine Kündigung und eine bald darauf folgende Wiederanmeldung von der Grundgebühr befreien kann. Die meisten anderen Schweizer Städte kennen ähnliche Regelungen.

Artikel 7: Für Kundschaft, welche von ihrem Recht Gebrauch macht, Strom von einem anderen Energielieferanten zu beziehen, wird im Einklang mit der neuen Bundesgesetzgebung ein Netznutzungsverhältnis eingeführt.

Artikel 7a: Es sollen nicht nur wie bisher für den Anschluss an die Erdgasversorgung, sondern neu auch für den Anschluss an die Elektrizitätsversorgung individuelle, von diesem Reglement sowie seinen Vollzugsbestimmungen und Tarifen abweichende Konditionen vereinbart werden können. Insbesondere bei Anschlüssen mit grosser Leistung besteht ein Bedarf an Flexibilität, da die Ansprüche der Kundschaft hinsichtlich individueller Lösungen stark zugenommen haben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit dem europaweiten Bestreben zur Öffnung der Märkte im Infrastrukturbereich auch die Erwartungen an die Energie- und Wasserversorger gestiegen sind. Im Übrigen entspricht dieser Artikel dem alten Art. 6 Abs. 2; die Bestimmung wird aus systematischen Gründen in einen eigenen Artikel gefasst.

Artikel 10a: Wer in einem Netznutzungsverhältnis gemäss dem neu gefassten Art. 7 steht, bezahlt eine Netznutzungsgebühr. Diese ist gleich aufgebaut wie die Bezugsgebühr der Elektrizitätsversorgung (ausser dem Preis für den Bezug höherer Qualitäten, der hier nicht vorkommen kann). Der Begriff „Netznutzungscharakteristik“ entspricht dabei dem Begriff „Verbrauchscharakteristik“ gemäss Art. 10 Abs. 2. Zu erwähnen ist dabei, dass das Bundesrecht eine Variierung nur für unterschiedliche Spannungsebenen und Kundengruppen erlaubt, nicht jedoch für einzelne Netznutzerinnen und -nutzer innerhalb derselben Spannungsebene und Kundengruppe.



Artikel 11: Der Artikel über die Bemessungsgrundsätze der Gebühren der Elektrizitätsversorgung wird um die neue Netznutzungsgebühr erweitert.

Artikel 14a: Es wird kein Anschlussbeitrag für Sprinkleranlagen mehr vorgesehen, hingegen soll die Grundeigentümerschaft wieder die effektiven Kosten für allfällig nötige Verstärkungen der vorgelagerten Infrastruktur übernehmen müssen (Abs. 1). Für Hydranten wird in Abs. 2 festgelegt, dass die Stadtwerke die Kosten – unter Vorbehalt der Beiträge der GVA – innerhalb der Bauzone ganz übernehmen, während sich ausserhalb der Bauzone die Feuerwehr mit 25 % beteiligt. Letzteres hat der Stadtrat bereits 2004 festgelegt; es wird nun zur Klarstellung im Reglement festgeschrieben. Abs. 3 legt schliesslich – entsprechend der bisherigen Praxis – fest, dass die sgsw die Kosten des Wasserbezugs tragen, soweit es sich um Löschwasserbezug handelt. Wird hingegen aus anderen Gründen Wasser bezogen (z.B. für Baustellen oder den Jahrmarkt), so besteht ein Bezugsverhältnis, in dessen Rahmen der Wasserbezüger Bezugsgebühren zu entrichten hat.

Artikel 19: Bisher mussten die für die Kundschaft resultierenden *Gesamtkosten* für die Fernwärme etwa gleich hoch sein wie bei einer Ölheizung. Dies bedeutet, dass sich die Bezugsgebühr der Fernwärmeversorgung bei Veränderung des Heizöls proportional über den gesamten Preisbereich anpasst. Neu wird die Formulierung grundsätzlich den anderen drei Versorgungsen angepasst, indem festgehalten wird, dass die Bezugsgebühr die Kosten der Fernwärmeversorgung, eine angemessene Reservenbildung und die Ablieferung an den Allgemeinen Haushalt finanziert.

Artikel 19a: Bei diesem Artikel handelt es sich lediglich um eine aus systematischen Gründen erfolgende Verschiebung von Art. 7 Abs. 3.

Artikel 21 Abs. 3: Wer seine Energie bei einem anderen Lieferanten als den sgsw bezieht, steht mit diesen vertraglich in einem reinen Netznutzungsverhältnis. Es ist daher nicht möglich, solcher Kundschaft bei der Nichtbezahlung von Abgaben die Energielieferung einzustellen. Daher soll in einem solchen Fall die Durchleitung von Elektrizität verweigert werden können. Indem ein Energieunterbruch bei rechtskräftig verfüigten, nicht beglichenen Rechnungen herbeigeführt werden kann, erhalten die sgsw eine weitere Möglichkeit, offene Beträge einzufordern.

Artikel 30 Abs. 1: Nur die in einem Bezugsverhältnis zu den sgsw stehende Kundschaft besitzt einen diesbezüglichen Anspruch auf Energie- und Wasserlieferung. Besteht lediglich ein Netznutzungsverhältnis, erfolgt die Belieferung mit Energie durch einen anderen Versorger.



3 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Es wird ein Nachtrag I zum Reglement über die Versorgung der Stadt mit Energie und Wasser (Stadtwerke-Reglement; sRS 511.1) vom 2. November 2005 erlassen.
2. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 8 Ziff. 1 Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Nachtrag I zum Reglement über die Versorgung der Stadt mit Energie und Wasser (Stadtwerke-Reglement) vom 2. November 2005¹

